Aus rechtspolitischen Gründen muß der Beginn des Strafverfahrens auch in Zukunft exakt, und für den Bürger erkennbar bestimmt sein. Die Bedeutung des Strafverfahrens und die damit verbundenen Möglichkeiten erheblicher Eingriffe in Rechte und Freiheiten der Bürger gebieten, den Beginn des Strafverfahrens qualitativ an entsprechende Voraussetzungen und an eine von Staateautorität getragene Entscheidung zu binden. Das Strafverfahren kann daher nicht mit einer Anzeige oder einem anderen im jetzigen § 92 StPO normierten Anlaß und auch nicht mit der Entscheidung über daraufhin durchzuführende strafprozessuale Prüfungshandlungen einsetzen, weil dessen Beginn dann qualitativ bedeutend unter der Schwelle des begründeten Verdachts liegen und die Substanz der staatlichen Entscheidung lediglich in der Beantwortung der Frage bestehen würde, ob ein Anlaß zur Prüfung (dito zur Durchführung des Strafverfahrens) besteht oder nicht. Praktisch würde das außerdem noch ein neues, zusätzliches, vor dieser "Entscheidung" liegendes "Prüfen" bedingen. Mit einer Anzeige oder Mitteilung könnte jeder Bürger der DDR, jeder Ausländer und jede ausländische Organisation gegen jedermann in der DDR ein Strafverfahren in Gang setzen. Eine Vielzahl von Strafverfahren wäre unter diesen Umständen wegen Nichtbestätigung der Hinweise bzw. mit anderen nicht zum Ermittlungsverfahren führenden Entscheidungen zu beenden (einschließlich damit verbundener Konsequenzen für die Statistik).

Die Einordnung des strafprozessualen Prüfungsstadiums in das sozialistische Strafverfahren würde es im Interesse der Rechtssicherheit und als Erfordernis der wirkenden Grundsätze des Strafverfahrens notwendig machen, ein weiteres Verfahrensstadium zu schaffen bzw. das Ermittlungsverfahren selbst entsprechend zu unterteilen und dieses vor dem bisherigen Ermittlungsverfahren liegende Stadium konsequent als Verfahren mit Verfahrensbeteiligten auszuregeln. Das würde unter anderem erfordern, das Institut "Verdächtigung" als niedrigere Stufe